

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 29.01.2015
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Ludwig Artmeyer	Bocholt	anwesend ab 17:05 Uhr
Annette Demes	Ahaus	Vertretung für Herrn Heinrich Lübbering
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Otger Harks	Stadtlohn	
Anne König	Borken	Vertretung für Frau Bernadette Aehling; anwesend bis 19:00 Uhr/ TOP 4 tlw.
Manfred Kuiper	Heek	Vertretung für Frau Gerti Tanjsek
Paul Lensing	Borken	Vertretung für Herrn Thomas Kerkhoff
Rudi Lüdtko	Gronau	
Maja Saatkamp	Borken	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Franz-Josef Sicking	Reken	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Birgit Wirtz	Gronau	
Alfons Wissing	Schöppingen	

Gäste:

Dr. Heinrich Wächter	Gutachterbüro Dr. Wächter, Altenberge
Peter Dörne	Bezirksregierung Arnsberg
Gregor Mergen	Bezirksregierung Arnsberg
Peter Kleyboldt	Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH
Andreas Grotendorst	Bürgermeister Gemeinde Raesfeld
Dagmar Beckmann	Trägerverein Tiergarten Schloss Raesfeld e.V.

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Roland Schulte
Kordula Blickmann
Stefan Pelz
Edith Gülker
Peter Nattefort

Es fehlen entschuldigt:

Bernadette Aehling	Borken
Thomas Kerkhoff	Velen
Heinrich Lübbering	Vreden
Gerti Tanjsek	Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Besonders begrüßt Frau Garvert Herrn Dr. Heinrich Wächter vom gleichnamigen Gutachterbüro aus Altenberge sowie Herrn Peter Dörne und Herrn Gregor Mergen von der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung "Bergbau und Energie in NRW" mit Sitz in Dortmund. Die genannten Personen werden zum Ölaustritt in Gronau-Epe berichten bzw. den Ausschussmitgliedern für diesbezügliche Fragen zur Verfügung stehen. Außerdem heißt Frau Garvert Herrn Peter Kleyboldt von der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland willkommen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der vergangenen Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Sachstandbericht zum Ölaustritt in Gronau-Epe
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 30.10.2014
Vortrag von Herrn Dr. Heinrich Wächter, Gutachterbüro, Altenberge
Vorlage: 0365/2014**

Herr Dr. Wächter berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift). Nach Ende seines Vortrags beantworten Herr Dr. Wächter und Herr Dörne ausführlich die von den Ausschussmitgliedern gestellten Fragen. Die wesentlichen Aussagen aus den Antworten der beiden Fachleute lassen sich wie folgt zusammenfassen:

In der Umgebung des Schadensorts seien bislang etwa 3.000 Grundwasserproben entnommen worden. In der Anfangsphase nach dem Unglück seien dabei etwa bis Mitte Juni 2014 im engeren Umkreis Befunde mit signifikanten Merkmalen für Rohöl aufgetreten; nach diesem Zeitpunkt nicht mehr.

Die Trinkwasserbrunnen im Radius von 2.000 m um die Schadensstelle werden regelmäßig überwacht. Hierbei seien in den bislang gezogenen 1.500 Proben keinerlei Rohöl-Belastungen vorgefunden worden.

Im gesamten Umfeld der Schadensstelle gebe es keine Tiefenbrunnen. Vor Ort stehe unter einer Ebene von drei bis vier Metern lockeren Gesteins eine rd. 300 Meter starke, wasserundurchlässige Tonsteinschicht aus der Unterkreidezeit an. Die Leckage an der Verrohrung der Kaverne S5 sei in 217 Metern Tiefe innerhalb des Tonsteins entstanden. Durch Tiefenbohrungen (Kennzeichnung KB1 bis KB4 in Folie 2 des Vortrags) werde erkundet, wie es dazu kommen konnte. Die Ausbreitung des Öls geschah unter den in dieser Tiefe bestehenden starken Druckverhältnissen über Haarrisse und Unregelmäßigkeiten im Tongestein. In der Nähe des Hofes Sundermann habe bereits vor dem Unglück eine etwa 70 Meter tiefe Bohrung mit einer technischen Anlage zur Spannungsableitung im gesamten Feld bestanden. Diese habe für das entwichene Öl eine Aufstiegsmöglichkeit dargestellt. Auch im Bereich der zur Schadenserkundung niedergebrachten Tiefenbohrungen trete ein Wasser-Öl-Gemisch in geringen Mengen aus. Der Wasseranteil in dieser Flüssigkeit stamme aus dem in den Feinporen des Tonsteins gebundenen Haftwasser.

Die gestrichelte Linie in Folie 7 des Vortrags stelle den erwarteten Schadensbereich dar, außerhalb dessen keine Ölaustritte zu befürchten seien. Die an den gekennzeichneten Stellen austretende Menge des Öl-Wassergemisches weise eine stark abnehmende Tendenz auf. Zurzeit läge diese je Tag im Literbereich.

Der Grund für die Leckage sei noch nicht bekannt. Die Bezirksregierung habe einen Auftrag vergeben, der sich mit der Feststellung der Bodenbewegungen und der Belastungen unter Tage beschäftige. Hier solle unter anderem geklärt werden, ob das vor rund 40 Jahren verbaute Material den auftretenden Belastungen standhalten kann. Die Leckage selbst bestehe zwar noch immer, Öl könne dort aber nicht mehr ausdringen, da die Schadensstelle durch ein zusätzlich eingebrachtes Rohr abgesichert worden sei.

Kontaminiertes Bodenmaterial sei größtenteils zur Bodendeponie Hünxe verbracht worden.

Die auf einer Länge von 1,6 Kilometern errichtete Dichtwand sei bis in zwei bis sechs Meter Tiefe bis in den Tonstein erstellt worden. Sie diene lediglich dem Auffang von Oberflächenwasser. Selbst nach den zuletzt starken Regenfällen sei aber in den dort installierten Ölabscheidern kein Öl vorzufinden gewesen.

Der Druck in den Ölkavernen in Gronau-Epe sei abgesenkt worden. Die Druckreduzierung erhöhe zwar grundsätzlich die Gefahr von Bergsenkungen. Es lägen jedoch Studien vor, wonach Kavernen ohne größeres Risiko zwei bis drei Jahre drucklos gehalten werden könnten. Weite Teile der Leitungen zu den Ölkavernen seien durch doppelwandige Verrohrungen abgesichert. Im Bereich der in großer Tiefe bestehenden Einfachverrohrung sei der Druck innerhalb des Rohres nun geringer als im umgebenden Gebirge, so dass ein Ölaustritt dort unmöglich sei.

Die Salzgewinnungsgesellschaft (SGW) sei von der Bezirksregierung Arnberg aufgefordert worden, für die drei in Gronau-Epe befüllten Ölkavernen ein Reparatur- und Modifizierungskonzept vorzulegen. Dieser Forderung sei die SGW bereits nachgekommen. Die Unterlagen werden zurzeit von der Bezirksregierung Arnberg geprüft.

Bei der Erstellung der Leitungen zu den Kavernen werden umfangreiche Sicherheitstests durchgeführt. Es existiere jedoch keine gesetzliche Verpflichtung, die Verrohrungen im Boden regelmäßig auf Schäden zu überprüfen. Selbstverständlich betreibe man eine ständige Betriebsüberwachung. Die SGW stehe in permanentem Kontakt mit der Bezirksregierung Arnberg als zuständiger Aufsichtsbehörde.

Die vom Ölschaden betroffenen Landwirte würden von der SGW entschädigt.

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen 12 Standorte mit Ölkavernen als Teil der nationalen Energiereserve. Gemeinsam mit dem Erdölbevorratungsverband (EBV) entscheide die BRD über das weitere Vorgehen. Komme man zu dem Entschluss, in Gronau-Epe auch weiterhin Öl zu lagern, könnten entweder komplett neue Zuwegungen zu den Ölkavernen mit aktueller Technik und neuesten Materialien geschaffen oder aber die bestehenden Leitungen entsprechend modernisiert werden.

Die Menge des noch im Untergrund verbliebenen Öls lasse sich kaum verlässlich abschätzen. Es werde auch langfristig Öl im Tonstein eingeschlossen bleiben, das nicht an die Oberfläche dringe. Die Sanierung des Ölschadens stelle sich im Wesentlichen als Langzeitsicherung dar. Der Zustand werde permanent zu überwachen und sichern sein.

Auf Nachfrage bekundet Frau Saatkamp, dass damit alle im Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN aufgeworfenen Fragen beantwortet seien und eine zusätzliche schriftliche Beantwortung entbehrlich sei.

Abschließend dankt Frau Garvert Herrn Dr. Wächter und Herrn Dörne für ihre Ausführungen. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass bei der Aufarbeitung des Schadensereignisses sehr gewissenhaft gearbeitet werde.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zum Umweltschaden zur Kenntnis.

Punkt 2: Region in der Balance - Flächenbericht 2014 Kreis Borken
Vorlage: 0379/2014

Frau Garvert dankt der Verwaltung für die detailreiche Darstellung des Flächenberichtes. Bei einer Fortschreibung sei es wünschenswert, die Naturschutzgebiete und Freiflächen im Außenbereich gesondert darzustellen.

Auf Frage Herrn Fischers zum Wohnraumbestand bestätigt Herr Grothues, es sei Angelegenheit der Städte und Gemeinden, innerörtliche Brachflächen festzustellen und zu nutzen. Einige Kommunen im Kreisgebiet hätten das Thema bereits aktiv aufgegriffen.

Herr Harks fasst zusammen, das nachhaltige Flächenmanagement stelle einen langfristigen Prozess mit vielen beteiligten Akteuren dar. Eine Fortschreibung des Flächenberichtes in mehrjährigem Abstand sei anzustreben.

Der Flächenbericht 2014 Kreis Borken zum Projekt „Region in der Balance“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3: Rückbau von Deponien – Darstellung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens "Deponierückbau Pohlsche Heide des Kreises Minden-Lübbecke" und Ableitung von Umsetzungsmöglichkeiten für den Kreis Borken;
Antrag der FDP-Gruppe v. 16.01.2015
Vorlage: 0025/2015

Punkt 3.1: Nachhaltige Nutzung der Deponieflächen des Kreises Borken;
Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2015
Vorlage: 0039/2015

Herr Lüdtker fasst den Antrag der FDP-Gruppe zusammen.

Frau Saatkamp bezweifelt die Wirtschaftlichkeit eines Deponierückbaus in absehbarer Zeit. Falls ein solcher Rückbau nicht stattfindet, sollten auch andere Nutzungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Daher habe die Fraktion B90/ DIE GRÜNEN den vorliegenden Antrag gestellt.

Herr Harks weist auf die bestehende gesetzliche Verpflichtung zur langfristigen Absicherung der Deponien hin. Ein Deponierückbau sei davon unabhängig zu sehen und in einigen Jahrzehnten noch möglich. Herr Fischer unterstreicht dies.

Herr Kleyboldt bestätigt auf Nachfrage, dass zum jetzigen Zeitpunkt der Rückbau von Deponien keine Alternative zu bereits eingeleiteten – gesetzlich vorgeschriebenen – Nachsorgemaßnahmen darstelle. Das derzeitige Abschlusskonzept hindere künftige Generationen nicht an einer Gewinnung der in den Deponien lagernden Wertstoffe.

Herr M. Schulte stellt fest, der Antrag der FDP-Gruppe und der Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN ständen in engem Zusammenhang. In jedem Fall sollten die Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Pohlsche Heide“ abgewartet werden. Eigene Probebohrungen sollten zuvor nicht erfolgen. Er schlägt vor, in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt den landschaftspflegerischen Begleitplan zur Deponie Borken-Hoxfeld von der Verwaltung vorstellen zu lassen.

Frau Seidensticker-Beining spricht sich dafür aus, für die beiden genannten Anträge einen gemeinsamen Beschluss zu fassen, der fraktionsübergreifend getragen werden könne.

Beschluss: einstimmig

Für den Antrag der FDP-Gruppe (SV Nr. 0025/2015) und den Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN (SV Nr. 0039/2015) wird ein gemeinsamer Beschluss gefasst. Dieser lautet:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, nach Vorlage der Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Deponierückbau Pohlsche Heide“ im Kreis Minden-Lübbecke/OWL diese dem Ausschuss darzustellen und in Hinblick auf die Situation der Hausmülldeponien im Kreis Borken Umsetzungsmöglichkeiten darzustellen. In einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt soll der landschaftspflegerische Begleitplan zur Deponie Borken-Hoxfeld vorgestellt werden. Dieser soll möglichst eine alternative Folgenutzung zulassen.

**Punkt 4: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2015 für die Budgets 06 - Natur und Umwelt bzw. 08 - Bauen, Wohnen und Immissionsschutz
Vorlage: 0387/2014**

Frau Garvert ruft den Entwurf des Kreishaushaltes 2015 für das Budget 06 produktweise auf und bittet um Wortmeldungen. Über die drei von der Fraktion B90/DIE GRÜNEN gestellten Haushaltsanträge solle bei den jeweiligen Produkten entschieden werden.

Frau Saatkamp erläutert den **Antrag 06-01** „Erhöhung der Kennzahlen für Veranstaltungen/ Öffentlichkeitsarbeit“ der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN. Herr Grothues begründet die Senkung des Kennzahl-Zielwertes für 2015 einerseits mit der vom Kreistag beschlossenen Delegation von Klimaschutzaufgaben auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der Kreis verfüge über keine Ressourcen, darüber hinaus größere Aktionen zu initiieren. Momentan liege der Fokus der Bemühungen auf der angestrebten Gold-Zertifizierung beim European Energy Award.

Beschluss zum Antrag 06-01: abgelehnt

3 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen

Herr Grothues legt auf Frage von Frau Seidensticker-Beining dar, die Formulierung „nicht vermeidbare Fehlbeträge“ des Trägervereins Tiergarten Schloss Raesfeld (S. 297 des Haushaltsentwurfs) ergebe sich aus der Rahmenvereinbarung mit dem Verein. Er kündigt an, Herr Grotendorst werde im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung auch zur Haushaltssituation des Trägervereins informieren.

Auf Bitte von Frau Garvert stellt Frau Saatkamp den **Antrag 06-02** „Erstellung einer Maßnahmenkonzeption zur Gewässerreinigung“ der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN vor. Herr Grothues erklärt, das Land Nordrhein-Westfalen habe die Landwirtschaftskammer 2014 beauftragt, das Beratungskonzept Wasserrahmenrichtlinie für die nächsten fünf Jahre fortzusetzen. Bei der Kreisstelle Borken der Landwirtschaftskammer seien 2 Arbeitskräfte für die Wasserrahmenrichtlinienberatung eingesetzt.

Die Beratung in den Wasserschutzgebieten des Kreises Borken werde seit etwa 25 Jahren in Form der Kooperationen zwischen der Landwirtschaft und der Wasserwirtschaft umgesetzt. Hier bestehe eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Landwirten und den Wasserversorgungsunternehmen. Die Aufwendungen für die 6,5 hiermit befassten Beratungskräfte werden von den Wasserversorgungsunternehmen getragen, die sächlichen Mittel werden von der Landwirtschaftskammer NRW gestellt. Das seit 2010 verfolgte „Konzept 2020“ zur Qualitätserhaltung des Sickerwassers und Grundwassers werde kontinuierlich evaluiert. Herr Harks spricht sich diesbezüglich für eine regelmäßige Information im Ausschuss für Umwelt aus.

Frau Blickmann stellt auf Nachfrage klar, die Abführung des Oberflächenwassers von den Hofstellen werde von der Kreisverwaltung begleitet.

Herr R. Schulte bittet angesichts der in der Begründung zum Antrag getroffenen Ausführungen zu beachten, dass das Schlinge-Projekt ein freiwilliges deutsch-niederländisches Forschungsvorhaben darstellte, welches zeitlich und vor allem räumlich eng begrenzt war. Demgegenüber betreibe die Landwirtschaftskammer ein flächendeckendes Beratungskonzept. Das Landesministerium habe bewusst die Landesfachbehörde, nämlich die Landwirt-

schaftskammer beauftragt, da diese den Landwirten als Adressaten der Beratung wesentlich näher als beispielsweise eine Ordnungsbehörde stehe.

Beschluss zum Antrag 06-02: abgelehnt

3 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Als nächstes erläutert Herr Artmeyer den **Antrag 06-03** „Darstellung von Tierzahlenerhebung und Nitratbelastung des Grundwassers im Geoinformationssystem des Kreises“ der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN. Herr Pelz informiert, die Nitratbelastung im Grundwasser könne im Internet unter der Adresse www.elwasweb.nrw.de nachvollzogen werden. Auf eine doppelte Führung der Daten solle verzichtet werden. Der Vorschlag Frau Garverts, auf den Internetseiten des Kreises Borken einen Verweis auf die genannte Adresse zu installieren, findet allgemeine Zustimmung.

Herr Artmeyer erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden und zieht den Antrag 06-03 zurück.

Frau Saatkamp bittet um Erläuterungen zu den auf Seite 302 des Haushaltsentwurfs aufgeführten Beträgen zu den Auszahlungen für Baumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Herr Pelz sagt zu, mit der Niederschrift eine Tabelle mit der Investitionsplanung zu versenden (Anlage 2).

Auf Frage von Frau Saatkamp verdeutlicht Herr Pelz, die für 2015 angestrebten 80 Pflegemaßnahmen in den Naturschutzgebieten (Kennzahl 06.03.01.2.26 auf Seite 307 des Haushaltsentwurfes) würden teilweise von der Biologischen Station Zwillbrock als Gebietsbetreuerin geplant bzw. umgesetzt.

Für das Budget 08 „Bauen, Wohnen und Immissionsschutz“ besteht kein Erläuterungsbedarf, so dass Frau Garvert abschließend über den Haushaltsentwurf abstimmen lässt.

Beschluss: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2015 – bezogen auf die Fachbereiche Natur und Umwelt sowie Bauen, Wohnen und Immissionsschutz - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2014 – Budgets 06 „Natur und Umwelt“ und 08 „Bauen, Wohnen und Immissionsschutz“ zu verabschieden.

Punkt 5: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gülker weist auf den zur Mitnahme bereit liegenden Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2013/14 hin. Das Werk stelle eine Dokumentation der Klimaschutzarbeit gegenüber der Politik, den Projektpartnern sowie den Städten und Gemeinden im Kreis Borken dar. Zudem diene es dem zukünftigen Klimaschutzmanagement als Grundlage.

Punkt 7: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils

Vorsitzende Magdalene Garvert schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort